

Betreibt die Polizei Düsseldorf verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates?

von Mona Aranea

Die Polizei Düsseldorf hat für Samstag, den 22. April erneut angekündigt, Störungen der Friedensdemo des Friedensbündnis NRW nicht nur nicht zu ahnden, sondern diese auch noch innerhalb der vom Friedensbündnis angemeldeten Versammlungsfläche zu platzieren. In der E-mail der Versammlungsbehörde der Polizei Düsseldorf vom 14. April an die Anmelder heißt es "Durch die von Ihnen skizzierte Versammlungsfläche (...) entsteht Ihrerseits kein exklusives Verfügungsrecht über die Fläche. Weitere Versammlungen mit Bezug zu Ihrer Versammlung oder mit Bezug zum Versammlungsort können in einem angemessenen Abstand zu Ihrer Versammlung platziert werden." Was die Polizei als "angemessenen Abstand" definiert, konnten die rund 400 Teilnehmer bei der letzten Demo des Friedensbündnis NRW auf dem Düsseldorfer Corneliusplatz am 25. März 2023 erleben: Die Polizei platzierte einen laut pöbelnden Störtrupp, euphemistisch als "Gegendemo" bezeichnet, so nah an der Versammlung des Friedensbündnis, dass die weniger als zehn verummten "Antifas" nur aufgrund der zwischen ihnen und der Friedensdemo eingezogenen Polizeikette von letzterer unterscheidbar waren. Nun hat die Polizei Düsseldorf also angekündigt, die Stör-Kooperation aus Antifa und Polizei bei jeder Friedensdemo in der Landeshauptstadt zu wiederholen.

Ziel der behördlichen Zusammenarbeit mit Störtruppen einer selbst ernannten "Antifa Düsseldorf" ist offensichtlich, Organisatoren regierungskritischen Protests in der Landeshauptstadt zu frustrieren und zu radikalieren. Die Aussagen der Versammlungsbehörde verharmlosen strafrelevante Störungen angemeldeter Versammlungen als "Versammlungen mit Bezug zu Ihrer Versammlung" und widersprechen überdies vergangenen Aussagen der Versammlungsbehörde. Im Versammlungsbescheid für die Friedensdemo am 25. März 2023 hatte die Polizei dem Friedensbündnis NRW noch – entgegen ihrem dann erfolgten Verhalten auf dem Platz - zugesagt "dass evtl. Gegenversammlungen nicht innerhalb Ihrer Versammlung platziert werden". Die Polizei springt also selbst zwischen verschiedenen Rechtsinterpretationen hin und her und erschüttert so den Glauben der am Protest beteiligten Gruppierungen an die Kompetenz und Rechtskonformität staatlicher Verwaltung. So sollen in der friedensbewegten Zivilgesellschaft Radikalisierungstendenzen angestoßen oder verstärkt werden. Die Polizei Düsseldorf ist hier offensichtlich Instrument in der Hand derer, die das Vertrauen in staatliche Verwaltung in Deutschland nachhaltig untergraben und unseren deutschen Staat delegitimieren wollen.

Da machen wir nicht mit. Die im Friedensbündnis NRW vereinten Bürgerinitiativen, Friedensgruppen und Verbände sind absolut in der Lage, zwischen legitimer und notwendiger staatlicher Verwaltung einerseits und demokratiefeindlichen Bestrebungen einzelner Akteure innerhalb dieser staatlichen Verwaltung andererseits zu unterscheiden. Wir wissen spätestens seit dem Erscheinen des Buches "Die extreme Mitte" (Tariq Ali, 2018), dass die gefährlichsten Gegner der Demokratie, des Rechtsstaats und unserer bürgerlichen Freiheiten nicht am Rande der Gesellschaft stehen, sondern innerhalb unserer staatlichen Institutionen agieren und diese von innen heraus systematisch aushöhlen. Die außerparlamentarische Opposition in Düsseldorf erlebt seit drei Jahren massive Repressionen gegen den regierungskritischen Protest, der die gesellschaftszersetzende Pandemiepolitik, die wertvernichtende Energiepolitik und die lebensgefährliche Kriegspolitik der Bundesregierung kritisiert. Politisch verantwortlich für die von verschiedenen Exekutivorganen ausgeübten Repressionen ist Düsseldorfs Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller (CDU).

Die Düsseldorfer Lokalpolitik rund um Oberbürgermeister Keller lieferte im Zusammenhang mit Versammlungen in der Landeshauptstadt regelmäßig anschauliche Beispiele demokratiefeindlicher Bestrebungen aus der Mitte staatlicher Verwaltungsorgane. Im Februar 2022 instrumentalisierte der Oberbürgermeister das Düsseldorfer Ordnungsamt, um den wachsenden Protest oppositioneller Bürgerinitiativen gegen eine drohende allgemeine Impfpflicht einzuschränken. Das Ordnungsamt erwirkte bei der Versammlungsbehörde Düsseldorf eine einschränkende Verfügung, die allen Ernstes argumentierte, das Infektionsrisiko sei bei einem Demonstrationzug ungleich höher als bei einer Standkundgebung, weshalb die Genehmigung eines Demonstrationzuges durch die Innenstadt "die Krankenhäuser überlasten" würde. Die Organisatoren der maßnahmenkritischen Demo in der Landeshauptstadt klagten erfolgreich dagegen und gewannen sowohl im Eilverfahren als auch im Hauptverfahren gegen das Ordnungsamt Düsseldorf. Quellen: <https://live.vodafone.de/news/nordrheinwestfalen/gericht-verhandelt-ueber-verbot-von-demo-zug-im-januar/11300758> und <https://t.me/apoduesseldorf/778>

So leicht lässt sich Düsseldorfs extreme Mitte nicht von grobem Unfug abbringen. Im Dezember 2022 forderte der Oberbürgermeister in der Lokalpresse seinen Polizeipräsidenten öffentlich auf, Kundgebungen aus der Innenstadt herauszuhalten, unter dem Vorwand, der Einzelhandel in der Stadt leide unter dem Protest. Ausgerechnet die oppositionellen Bürgerinitiativen, die in der Landeshauptstadt gegen die Preissteigerungen und verfehlte Energiepolitik protestierten, identifizierte der Oberbürgermeister als zentrale Konsumhindernisse. In der Lokalpresse widersprach Düsseldorfs Polizeipräsident dem Oberbürgermeister und verwies auf das grundgesetzlich geschützte Versammlungsrecht. Die Polizei erließ dann trotzdem für den Demonstrationzug der außerparlamentarischen Opposition (APO) eine einschränkende Verfügung für den Bereich rund um den Düsseldorfer Weihnachtsmarkt, fadenscheinig begründet mit einer "abstrakten Gefährdungslage" durch Terroranschläge. Die Verwaltungsklage der APO gegen die Einschränkung wurde im Eilverfahren nicht angenommen, weshalb das Hauptverfahren hierzu weiterhin anhängig ist. Immerhin konnte die APO einen Kompromiss mit der Polizei schließen und doch noch einen Teil der Weihnachtsmarktbesucher mit ihrem Protest erreichen. (Quellen im Kanal der APO Düsseldorf: <https://t.me/apoduesseldorf/4093>; <https://t.me/apoduesseldorf/4281> und <https://t.me/apoduesseldorf/4033>)

Die Platzierung eines aggressiv pöbelnden verummten Antifa-Störtrupps mitten in der Friedensdemo des Friedensbündnis NRW am 25. März 2023, von der Polizei euphemistisch "Versammlung mit Bezug zu Ihrer Versammlung" genannt, war ein besonders krasses Beispiel der Instrumentalisierung polizeilicher Exekutivorgane für die Unterdrückung regierungskritischen Protestes in Deutschland. Die schriftliche Ankündigung der Polizei, das würdelose Schauspiel auf jeder weiteren Friedensdemo in Düsseldorf zu wiederholen, ist für das Friedensbündnis NRW ein Ärgernis, und wird wahrscheinlich eine juristische Aufarbeitung nach sich ziehen. Die ständigen Auseinandersetzungen mit den Behörden kosten die Organisatoren oppositionellen Protestes immer wieder Zeit, Energie und auch Geld. Die zermürbenden Attacken auf das Versammlungsrecht, für die die Düsseldorfer Lokalpolitik immer wieder die Versammlungsbehörde der Polizei und zeitweise auch die Corona-Stabsstelle des Ordnungsamtes instrumentalisiert, zahlt natürlich der deutsche Steuerzahler. Die Prozesskosten begleichen Orga-Teams mit Schenkungen aus der Mitte der Demoteilnehmer. Es gibt eben nicht nur die extreme Mitte. Sondern auch die Mitte, die aufsteht, um sich widersetzen zu können.

Eine Polizeibehörde, die das staatliche Gewaltmonopol zweckentfremdet um Regierungsparteien lästigen außerparlamentarischen Protest zu ersparen, nimmt den

Bürgern das letzte bisschen Respekt vor einer Uniform, die nicht die Bundesregierung, sondern unseren Staat und unseren gemeinsamen Rechtsraum Bundesrepublik Deutschland repräsentiert. Das Verhalten der Düsseldorfer Polizei spielt Extremisten in die Hände, welche Menschen gegen staatliche Verwaltung an sich aufbringen wollen und so unsere Rechtsgemeinschaft zersetzen und destabilisieren. Die Parteien der extremen Mitte wahren selbst immer weniger die Form der rechtsstaatlichen Gewaltenteilung und treiben die Polizei Düsseldorf inzwischen zu größten Verstößen gegen deutsches Versammlungsrecht. Die Düsseldorfer Lokalpolitik als treibende Kraft hinter der Repression demokratischer Opposition untergräbt damit massiv das Vertrauen in die Rechtskonformität und Kompetenz deutscher Behörden. Schon vor den politischen und gesellschaftlichen Entgleisungen der Pandemiepolitik stellte Tariq Ali (2018: 17) bereits die berechtigte Frage, wie lange die Demokratiefeinde der Mitte "sich noch die Mühe machen werden, die Formen der Demokratie zu wahren, während sie sie eines jeden wahren Inhalts berauben." Inzwischen sind wir so weit, dass selbst feststehende Begriffe wie "Versammlung", "Störung", "Versammlungsfläche" oder der in den letzten Jahren so oft bemühte "Abstand" von Gegnern der Demokratie umdefiniert werden, wie es ihnen gerade passt. Da machen wir nicht mit. Wir wollen keine Versammlungsverhinderungsbehörde auf Steuerkosten. Wir verlangen, dass Düsseldorfs Versammlungsbehörde das Versammlungsrecht schützt, achtet und umsetzt.

Dr. Mona Aranea ist Soziologin aus Mönchengladbach und Pressesprecherin der außerparlamentarischen Opposition in Düsseldorf